

Regierung ignoriert Grafikverband

SPARMASSNAHME Die Regierung beschloss, die Fachklasse Grafik ohne Absprache mit dem Branchenverband zu schliessen. Dieser ist wütend: Es drohe ein «Eigentor».

ALEXANDER VON DÄNIKEN
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Mit Illustrationen hat sich die Fachklasse Grafik weit über Luzern hinaus einen Namen gemacht – und nun wirkt die Schule selbst wie ein Plakat der umstrittenen Sparmassnahmen der Luzerner Regierung. Um 1,5 Millionen Franken soll die Staatskasse entlastet werden, wenn die Schule vollständig geschlossen ist. Allerdings ist bereits absehbar, dass sich der Kantonsrat in der Budgetdebatte vom 30. November, 1. und 7. Dezember gegen den Regierungsrat stellen wird. Erstens wird der Förderverein der Fachklasse heute die Petition zum Erhalt der Schule mit Tausenden Unterschriften den Behörden übergeben – und demonstriert damit das hohe öffentliche Interesse.

Kritische Fragen von links und rechts

Zweitens sprach sich die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur des Parlaments bereits deutlich gegen die Sparpläne in der Bildung aus; so auch «mit grosser Mehrheit» gegen die Schliessung der Fachklasse Grafik (Ausgabe vom letzten Freitag). Drittens hat nicht nur die SP-Fraktion eine Anfrage zur Schliessung eingereicht, sondern mit der SVP auch eine bürgerliche Fraktion.

Die nun vorliegenden Antworten der Regierung dürften die Schule – diplo-

mathisch ausgedrückt – eher stärken als schwächen.

Schliessung «finanziell dringlich»

Auf die Frage von SVP-Fraktionschef Guido Müller (Ebikon), welche Finanzierungsmöglichkeiten mit dem Schweizer Grafik-Verband (SGV) oder mit den ausbildenden Firmen erörtert wurden, antwortet die Regierung: «Die Schliessung der Fachklasse wurde aufgrund der finanziellen Dringlichkeit erst kurzfristig entschieden. Aus diesem Grund konnten bis dato keine weitergehenden Abklärungen und Absprachen getroffen werden.»

Das stösst dem SGV mit rund 140 Mitgliedern sauer auf. Präsident Jürg Aemmer: «Dass ein Entscheid ohne Rücksprache mit dem betreffenden Gewerbe gefällt wird, können wir nicht nachvollziehen.» Überhaupt sei sich die Politik wohl kaum bewusst, «dass sie ein Eigentor schießt». Denn die Fachklasse sei nicht nur für das Gewerbe existenziell, sondern auch für den Wirtschaftsstandort. Würde der Branchenverband der Schule finanziell unter die Arme greifen? Aemmer: «Wir sind ein Mitgliederverband mit bescheidensten Mitteln. Aber über ein alternatives Finanzierungsmodell würden wir sicher nachdenken.»

Schülerzahl stieg um fast die Hälfte

Die Vorstoss-Antworten decken auch Schwächen der Branche auf. Während die Fachklasse Grafik als Vollzeitschule ihre Schülerzahl von 70 im Jahr 2011 auf derzeit 104 gesteigert hat, blieb das Engagement der Branche bescheiden: Zwischen 8 und 10 Lehrlinge wurden im Kanton im gleichen Zeitraum pro Jahr ausgebildet. Hauptgrund: Gemäss Lustat gab es im Kanton 2013 zwar 308 Betriebe, die im Bereich Grafikdesign und visuelle Kommunikation tätig sind – aber nur 471 Vollzeitpensen.



Heute übergibt der Förderverein der Fachklasse (im Bild: Präsident Melk Imboden und Sprecherin Vera Bueller) die Petition zum Erhalt der Schule.

Bild Pius Amrein

Im Vorstoss von SP-Kantonsrat Marcel Budmiger (Luzern) erklärt die Regierung dazu: «Die Branche bietet bereits heute Ausbildungsplätze im Bereich der dualen Berufsbildung an. Ergänzend dazu soll aber die Grafikbranche zukünftig mehr Lehrstellen anbieten.» Jürg Aemmer weiss um das Problem: «Wir setzen bei der Motivation der Betriebe an und arbeiten auch mit verwandten Branchen wie der Werbeindustrie zusammen, um genügend Lehr- und Praktikumsplätze anzubieten. Auch führten wir die höhere Fachprüfung ein, um passende Abschlüsse zu ermöglichen. Doch das eine ersetzt nicht das andere.»

Ein Drittel der Schüler aus Luzern

Die Schliessung der Schule würde vor allem den Grafikernachwuchs aus dem eigenen Kanton treffen. Denn 33 der 104 Schüler stammen aus Luzern. Es folgen Aargau mit 22 und Bern mit 15 Schülern sowie Zug und Schwyz mit 6 respektive 5 Schülern. Die Regierung weist darauf hin, dass die Vollzeitausbildung an der Fachklasse Grafik für den Kanton mit 116 000 Franken pro Student wesentlich teurer zu stehen kommt als eine gleichwertige Berufslehre mit 32 400 Franken.

Allerdings würde eine Ausbildung über das Gymnasium zum Bachelor Grafic Design ganze 200 000 Franken pro Student kosten. Fiele die Vollzeitschule weg, dürfte der Druck auf den teureren Bildungsweg zunehmen. Denn höchstens 6 Prozent der Fachklasse-Absolventen nehmen ein weiterführendes Studium an der Fachhochschule in Angriff. Eine weitere Folge der Schliessung: Die Luzerner Schüler müssten nach Biel, Basel oder St. Gallen reisen, wo es noch Grafik-Fachklassen gibt. Doch «auch hier sind die Plätze beschränkt und stark nachgefragt», wie die Regierung schreibt.

ANZEIGE

green.ch
Internet made in Switzerland

Ihr Online-Shop. Einfach, schnell, professionell!

AB CHF 0.- PRO MONAT*

Erfolgreich online verkaufen.

- ✓ Kostenloser Support
- ✓ Schweizer Shop-Lösung seit 14 Jahren
- ✓ Kinderleichter Online-Shop-Baukasten
- ✓ individuelle Shop-Erweiterung

Mehr Informationen unter www.freeshops.ch

In Kooperation mit:

DIE POST

PhPepperShop

☎ 0844 842 842
Hotline Montag–Freitag, 8–17.30 Uhr

*Dies bezieht sich nur auf die Abonnementgebühren und schliesst die Transaktionskosten aus.

Kommission ist für den Tiefbahnhof

KANTONSRAT Die Verkehrs- und Baukommission stimmt dem Planungsbericht des Tiefbahnhofs zu. Sie verlangt aber Lösungen für die wegfallenden Parkplätze.

Voraussichtlich in der Session von Anfang Dezember (1./7.) wird der Kantonsrat über den Planungsbericht zum Durchgangsbahnhof Luzern (Ausgabe vom 29. September) befinden. Die Kommission Verkehr und Bau (VBK) stellt sich schon jetzt hinter die Regierung und stimmt dem Planungsbericht zum Luzerner Mammutprojekt grossmehrheitlich zu. Darüber hinaus beantragt die VBK, der Regierung drei weitere Aufträge zu erteilen: Zum einen fordert sie eine kantonale Vorfinanzierung der Planungs- und Bauarbeiten, um «aktiv zur zeitlich vorgezogenen Realisierung des Durchgangsbahnhofs» beizutragen, heisst es in der Mitteilung der VBK. Die Kosten dieser Vorfinanzierung liegen zwischen 120 und 360 Millionen Franken.

Weiter solle die Regierung Lösungen für die durch den Durchgangsbahnhof wegfallenden Parkplätze finden, damit der Bahnhof, das KKL und weitere bahnhofsnahe Betriebe auch in Zukunft optimal erreichbar bleiben. Und der dritte Auftrag lautet so: Bei den zuständigen Bundesstellen soll sich die Regierung «für die unverzügliche Fortsetzung der Planungsarbeiten» einsetzen.

Für die VBK ist klar, dass sich der Kantonsrat mit seiner Zustimmung zum Planungsbericht im nationalen Verteilungskampf der Fabi-Gelder (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) «Gehör verschaffen» könne.

Asylzentrum Kriens: 6,27 Millionen

Für den Bau eines Asylzentrums auf dem Grossehof-Areal in Kriens macht

sich die Kommission ebenfalls stark. «Ein Ablehnungsantrag wegen zu hoher Kosten (...) fand keine Mehrheit», heisst es in der Mitteilung. Das neue Asylzentrum, dessen Inbetriebnahme auf Herbst 2017 geplant ist, kostet 6,27 Millionen Franken. Es soll als kantonales Zentrum im 24-Stunden-Betrieb geführt werden und 120 Personen Platz bieten. Die Kommission sehe ein, dass die Plätze nötig seien. Zudem sei das Projekt zweckmässig und lasse sowohl Erweiterungen als auch andere Nutzungen zu.

Hochwasserschutz: 3,35 Millionen

Ein anderer Sonderkredit fand ebenfalls Zustimmung in der VBK und betrifft Hochwasserschutzmassnahmen in Ballwil und Hohenrain. Geplant sind der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Mühle sowie die neue Eindolung der Hohenrainstrasse in Ballwil und Hohenrain. Das Projekt kostet 3,35 Millionen Franken und sei gemäss VBK «sinnvoll, massvoll und kostengünstig». Nach Abzügen der Beiträge von Bund, Gemeinden und Interessierten würden für den Kanton voraussichtlich nur noch 840 000 Franken anfallen.

Kantonsstrasse: 5,4 Millionen

Ein anderes Projekt, über das der Kantonsrat im Dezember befindet, ist die Änderung der Kantonsstrasse K 33 bei der Rümli-Brücke in Schachen und betrifft die Gemeinden Malters und Werthenstein. Die in die Jahre gekommene Brücke muss ersetzt werden, die Strasse verbreitert, und das Rümli- Bachbett entspricht nicht mehr den Anforderungen des Hochwasserschutzes. Die Kommission habe zwar «ein gewisses Verständnis dafür, dass unmittelbar Betroffene den Eingriff als störend empfinden und sich gegen das Projekt wehren». Die Verschiebung der Behandlung dieses Geschäfts wegen hängiger Gerichtsverfahren würde aber «aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt». Der Sonderkredit für die Kantonsstrasse liegt in der Höhe von 5,4 Millionen.

CLAUDIO ZANINI
claudio.zanini@luzernerzeitung.ch